

D1 Dringlichkeitsantrag: Der Pandemie entgegenzutreten: wirkungsvoll, entschlossen und planvoll

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 25.11.2021
Tagesordnungspunkt: 14. Anträge

Antragstext

1 Sachsen-Anhalt befindet sich, wie die ganze Bundesrepublik Deutschland, mitten
2 in der vierten Welle der globalen COVID 19-Pandemie. Sie verläuft schon jetzt
3 dramatischer, als alle Pandemiewellen zuvor, ihr Scheitelpunkt ist noch nicht in
4 Sicht. Sachsen-Anhalt war, wie zuvor, auch auf diese Entwicklung unzureichend
5 vorbereitet. Nach zwei Jahren Pandemie, mit guten wissenschaftlichen
6 Erkenntnissen, Modellierungen und Projektionen zu ihrem Verlauf, ist das ein
7 schweres Versäumnis.

8 Schon im Sommer wären verbindliche Entscheidungen über Maßnahmen zur Eindämmung
9 einer erneuten Pandemiewelle und Zeitpunkte, zu denen diese greifen möglich und
10 nötig gewesen. Das hätte unverzügliche Krisenreaktionen ermöglicht und Kommunen,
11 der Wirtschaft, Kulturschaffenden und der gesamten Bevölkerung ein
12 vorausschauendes Planen für diesen Winter.

13 Schon im Sommer wäre, eine gezielte und entschlossene Impfkampagne notwendig
14 gewesen, um all jene noch von einer Impfung zu überzeugen, die sich bislang noch
15 nicht hatten impfen lassen. Stattdessen sendete die Landesregierung mit dem
16 Abbau der Impf-Infrastruktur ein Signal der Entspannung und nahm die
17 stagnierenden Impffzahlen hin. Die deutlich unzureichende Impfquote ist neben der
18 Mutation des Virus zur deutlich ansteckenderen Delta-Variante der Hauptgrund für
19 diese schwere Welle der Pandemie.

20 Wir müssen diese Pandemiewelle brechen, wenn wir Menschen in Sachsen-Anhalt vor
21 Infektion, Erkrankung und Leid schützen wollen. Die Kliniken in Sachsen-Anhalt
22 sind stark belastet, und alles, was in den letzten zwei Wochen nicht getan
23 wurde, wird dazu führen, dass diese Last unausweichlich noch steigen wird. Auch
24 zum Schutz unserer Gesundheitsinfrastruktur muss diese Welle beendet werden.

25 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßen die avisierten Maßnahmen der neu zu bildenden
26 Bundesregierung zur Bekämpfung der Pandemie, insbesondere den Aufbau eines
27 ständigen Krisenstabs und die verbesserten Rahmenbedingungen für die
28 wissenschaftliche Beratung der Bundesregierung.

29 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt fordern die Landesregierung auf:

- 30 • Schnell wirksame, konsequente und angemessene Maßnahmen zu ergreifen, um
31 die vierte Pandemiewelle zu brechen. Dazu gehören:
 - 32 ◦ Konsequente Umsetzung und Kontrolle der angeordneten Zugangsregeln
33 im Freizeitbereich
 - 34 ◦ Zugangsregeln auch für kleine Veranstaltungen (unter 50 Personen)
 - 35 ◦ Untersagung von Veranstaltungen im Innenbereich

- 36 ◦ Konsequente Kontaktbeschränkungen für Menschen, die weder geimpft
37 noch genesen sind, wenn die Lage es erfordert auch über diese
38 Personengruppe hinaus
- 39 ◦ Wechselunterricht an Schulen
- 40 ◦ Maskenpflicht auch im Unterricht
- 41 ◦ Umsetzung der sonst üblichen Quarantäneregeln auch an Schulen und
42 Kindertageseinrichtungen.
- 43 ◦ Deutliche personelle Unterstützung der Gesundheitsämter, damit
44 Kontaktnachverfolgung möglich bleibt
- 45 • Das Land für den weiteren Verlauf der Pandemie zu wappnen. Dafür soll die
46 Landesregierung:
- 47 ◦ Kraftvoll und konzertiert das Impfen vorantreiben. Nur eine hohe
48 Impfquote wappnet uns vor weiteren Wellen und führt uns nachhaltig
49 aus dieser Pandemie.
- 50 ◦ Das Land muss schnell den Aufbau zusätzlicher und niedrigschwelliger
51 Impfinfrastruktur (Impfbusse, Impfzentren, mobile Teams, Impfpunkte)
52 unterstützen und forcieren, um zügig eine große Zahl Menschen
53 überall im Land für Erst-, Zweit- und Boosterimpfungen zu erreichen.
- 54 ◦ Das Land muss unverzüglich die Vorbereitungen für die Impfungen von
55 Kindern über 5 Jahren treffen. Dafür sind unmittelbar nach EMA-
56 Zulassung Angebote zum Beispiel in Impfzentren zu schaffen.
- 57 ◦ Sachsen-Anhalt muss für Impfungen werben und niedrigschwellig
58 Impfinformationen zur Verfügung stellen. Auch mehrsprachig und in
59 leichter Sprache. Diese Informationen sollen überall dort, wo
60 Menschen zu Behörden kommen, Websites aufsuchen oder in Kontakt mit
61 Sozialträgern kommen offensiv angeboten werden.
- 62 ◦ Sachsen-Anhalt soll sich beim Bund für eine allgemeine Impfpflicht
63 einsetzen. Wo die Freiheitsrechte aller und ihr Recht auf
64 körperliche Unversehrtheit durch eine Pandemie bedroht sind, die mit
65 einer hohen Impfquote beherrschbar würde, erscheint dies angemessen
66 und verfassungskonform.
- 67 ◦ Das Land soll gezielt Fake-News und Lügen über Covid-19
68 entgegenzutreten. Desinformation, besonders im digitalen Raum, aber
69 auch in Talkshows im Fernsehen, Plenarsälen und Zeitungskommentaren,
70 ist eine besondere Bedrohung in dieser Pandemie. Sie verringert die
71 Impfbereitschaft, die Bereitschaft, sich solidarisch an
72 Eindämmungsmaßnahmen zu beteiligen und spaltet die Gesellschaft. Die
73 Landesregierung soll mit einer Task-Force gezielt Fake-News
74 aufspüren und gezielte Informationskampagnen gegen sie auflegen.

- 75 ◦ Im dauerhaft tagenden Pandemiestab des Landes einen
76 wissenschaftlichen Beirat installieren. Dieser soll die
77 Landesregierung beraten und Maßnahmen für ein resilienteres Land und
78 zu Eindämmung von Pandemiewellen vorschlagen.
- 79 ◦ Dem Parlament einen wissenschaftlich begründeten Stufenplan (Ampel)
80 für nötige Eindämmungsmaßnahmen zur Abstimmung vorlegen. Dieser soll
81 nicht nach jeder Pandemiewelle seine Gültigkeit verlieren, sondern
82 bei erneutem Aufflammen von Covid-19 Einschränkungsmaßnahmen für die
83 Kommunen, die Einzelhändler*innen und Kulturschaffenden und die
84 Bürger*innen unseres Landes absehbar und transparent machen.
- 85 Diese seit 2020 tobende Pandemie ist eine schwere Herausforderung für unsere
86 Gesellschaft. Wir haben die Mittel und das Wissen, in ihr zu bestehen. Das wird
87 nur mit Entschlossenheit und Solidarität gelingen.

Begründung

Aufgrund der dynamischen Pandemielage und der gesetzlichen Voraussetzungen auf Bundesebene, vor allem durch die in Kraft getretene Änderung des Infektionsschutzgesetzes, liegt die Verantwortung für die Maßnahmen jetzt bei der Landesregierung.

Die Notwendigkeit der geforderten Maßnahmen ergeben sich insbesondere durch die hohen Inzidenzen und die Überlastung des Krankenhäuser im Land.